

Deutschnachhilfe für Kleinkinder

Stadt Luzern Die Exekutive will die Deutschkenntnisse der Stadtluzerner Kleinkinder grossflächig erfassen. Im Januar 2020 sollen rund 670 Eltern einen Fragebogen im Briefkasten haben. Für den alljährlichen Versand und vertiefte Fördermassnahmen beantragt der Stadtrat beim Parlament einen Sonderkredit von 1,86 Millionen Franken.

Mit den Massnahmen will der Stadtrat die Sprachkenntnisse von Drei- bis Vierjährigen früher und effektiver fördern. Dies soll in Spielgruppen oder Kitas geschehen. Die Investition lohne sich, sagt Stadtrat Martin Merki: Längerfristig soll sie Sozialhilfefälle reduzieren. (sma)

17.2.2018
M. Merki

Sprachförderung für Dreijährige

Stadt Luzern Für 1,86 Millionen Franken will der Stadtrat die Sprachförderung für Kleinkinder ausbauen. Um den Bedarf frühzeitig zu erkennen, verlangt er, dass deren Eltern einen Fragebogen ausfüllen. Das gilt auch für Deutschsprachige.

Simon Mathis
simon.mathis@luzernerzeitung.ch

Der Luzerner Stadtrat will die Sprachförderung der Kinder im Vorschulalter ausbauen. Dafür beantragt er beim Parlament einen Sonderkredit von 1,86 Millionen Franken. Hauptziel ist es, die Deutschkenntnisse von Kleinkindern einzuordnen und – falls nötig – zu fördern.

Im Januar nächsten Jahres will die Stadt allen Eltern von 3-jährigen Zöglingen einen Brief schicken. Mit einem Fragebogen will sie die Deutschkenntnisse des Kindes in Erfahrung bringen. Der Fragebogen basiert auf einer Vorlage des Kantons, den die Universität Basel ausgearbeitet hat. Es gibt ihn in zwölf Sprachen, 670 Eltern in der Stadt Luzern sollen ihn erhalten.

Spielen und singen, nicht büffeln

Der Fragebogen wird vom Kanton empfohlen. Er findet bereits in anderen Gemeinden Verwendung. Der Stadtrat geht davon aus, dass in Luzern rund 250 Kinder Bedarf an früher Sprachförderung aufweisen werden. Die Stadt wird den betroffenen Eltern nahelegen, ihr Kind im Folgejahr in eine Spielgruppe oder eine Kita zu schicken. Dort soll spielerisch die Sprachfreude des Kindes geweckt werden, was bei der Integration und bei der Ausbildung helfe. Wenn die Eltern sich zu Fördermassnahmen bereiterklären, greift die Stadt ihnen finanziell unter die Arme. Wenn nicht, fragen die Behörden noch einmal nach. Die Teilnahme an der Frühförderung ist allerdings freiwillig.

Trotzdem sei man sich bewusst, dass der Fragebogen eine einschneidende Massnahme sei, sagt Monika Hürlimann, Bereichsleiterin Frühkindliche Bildung: «Es geht uns nicht darum, das Familienleben zu kontrollieren oder die Eltern zu bevormunden. Auch wollen wir den Eltern kein schlechtes Gewissen einimpfen.» Diesen Eindruck zu vermeiden, werde eine Herausforderung sein – vor allem im ersten Jahr, wenn der Fragebogen neu sei.



Der Stadtrat vermutet, dass rund 250 Kleinkinder in der Stadt Luzern eine Sprachförderung nötig haben.

Symbolbild: Getty

Die frühe Sprachförderung ist für Familien mit einer oder mehreren Familiensprachen gedacht, aber nicht nur. Auch Kinder mit deutscher Erstsprache können von einem Sprachdefizit betroffen sein, erläutert Hürlimann. Es gebe immer wieder Fälle, in denen die Eltern kaum mit ihren Kindern sprächen. Auch das wolle man früh erkennen. Mit dem klassischen Deutschunterricht habe die Förderung nichts am Hut. Rollenspiele, Gesang oder Gedichte sollen bei den Kindern die Freude am Deutsch wecken.

Der Stadtrat geht in einigen Punkten über das hinaus, was der Kanton vorschlägt. So hat er sich zum Ziel gesetzt, 95 Prozent der förderbedürftigen Kinder auch zu fördern. Die Vorgabe des Kantons liegt bei 50 Prozent. Auch die Elternbeiträge liegen höher als verlangt.

Mit ihrem Vorgehen steht die Stadt nicht alleine da: Bisherverfahren elf Luzerner Gemeinden nach dem Modell der Frühförderung, das bereits bei den Drei- bis

«Es geht uns nicht darum, die Eltern zu bevormunden.»

Monika Hürlimann
Leiterin Frühkindliche Bildung

Vierjährigen ansetzt. Die meisten dieser Gemeinden schreiben die Eltern grossflächig an. Der Kanton verlangt dies nicht, jedoch ist der Versand von Fragebögen für alle Gemeinden Pflicht, die Kantonsbeiträge beziehen wollen. «Die Umsetzung der frühen Sprachförderung ist für die Gemeinden freiwillig», sagt Charles Vincent, Leiter der kantonalen Dienststelle Volksschulbildung.

Entlastung für Sozialhilfe erhofft

Der Stadtluzerner Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki (FDP) nennt für die frühe Förderung auch ein finanzielles Argument: «Frühe Sprachförderung ist eine volkswirtschaftliche Investition, die sich lohnt. Was wir in die frühe Förderung stecken, kommt später mehrfach zurück.» Längerfristig gehe es darum, das

Bildungsniveau der Kinder zu heben, was weniger potenzielle Sozialhilfefälle zur Folge habe. Mittelfristige Einsparungen sieht Merki beim Programm «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ), das Volksschülern zusätzlichen Deutschunterricht anbietet. «Wir rechnen damit, dass die DaZ-Teilnehmerzahl zurückgehen wird.»

Dass ein Fragebogen nicht alle Probleme zu lösen vermag, zeigt ein Blick nach Emmen. Laut Gemeinderat Thomas Lehmann (FDP) verbessern Kita und Spielgruppe die Sprachkenntnisse zwar deutlich. Aber lediglich 64 Prozent der Eltern reagierten dieses Jahr auf den Brief der Gemeinde. Das liege nicht zuletzt an den ungenügenden Deutschkenntnissen der Eltern, so Lehmann: «Die Erweiterung der Sprachkenntnisse der Eltern ist von zentraler Bedeutung.»

Kommentar

Am Ziel vorbei

Die Einschulung eines Kindes kann für die Schule unschöne Überraschungen bereithalten. Zum Beispiel, wenn die Lehrperson merkt, dass das Kind kaum Deutsch spricht. Zwar gibt es mit «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) entsprechende Förderprogramme. Doch elementare Kenntnisse der Sprache sind für einen Schuleintritt unabdingbar.

Daher ist es sinnvoll, wenn Kinder mit entsprechenden Defiziten nicht erst mit 5 oder 6 Jahren auf dem Radar der Behörden erscheinen. Der Kanton Luzern verpflichtet die Gemeinden, schon vor dem Schuleintritt genau hinzuschauen und bei Bedarf Massnahmen einzuleiten.

Die Erfahrungen in Emmen zeigen allerdings, dass das bloss Verschicken eines Fragebogens nicht ausreicht. Deshalb will die Stadt Luzern noch weiter gehen und bei säumigen Eltern per Telefon nachhaken. Dadurch sollen 95 Prozent der Kinder mit Bedarf auch die nötige Förderung erhalten. Dieses Ziel ist ziemlich hoch gegriffen. Denn abgesehen vom erwähnten Telefonanruf haben die Behörden wenig Handhabe, um Eltern zur Kooperation zu bewegen. Deshalb ist die Gefahr gross, dass trotz grossen administrativen Aufwands genau diejenigen Familien nicht erreicht werden, die es am nötigsten hätten.



Robert Knobel
robert.knobel@luzernerzeitung.ch